

## KURZ UND PRÄGNANT

### Verdiente juristische Bauchlandung für AfD

Das Scheitern der Klage der AfD vor dem Landesverfassungsgericht gegen den Winterabschiebestopp für Flüchtlinge am 13. April bezeichnete Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag, als „verdiente juristische Bauchlandung“. Der Versuch, das Verfassungsgericht für inhumane und rassistische Positionen zu missbrauchen, ist eindeutig ins Leere gelaufen. Dies sollte eine Lehre für die AfD sein, von solchen dreisten Vorstößen künftig abzulassen, so die Landespolitikerin.

DIE LINKE bleibt dabei, dass solche Winterabschiebestopps auch weiterhin genutzt werden müssen, um zu verhindern, dass Menschen sehenden Auges in humanitäre Ausnahmesituationen und Katastrophen geschickt werden. ■

### Aus politischen Gründen wurde Amtshilfe versagt

Rainer Kräuter, Obmann für die LINKE im Untersuchungsausschuss „Aktenlager Immelborn“, zur Vernehmung des ehemaligen Staatssekretärs Bernhard Rieder: „Der von der CDU mit dem Ziel der Diskreditierung bzw. Vorführung des Datenschutbeauftragten Dr. Hasse beantragte Untersuchungsausschuss erweist sich als Bumerang für die Union. Jetzt ist offenkundig, dass aus politischen Gründen die durch den damaligen Polizeipräsidenten Bischler zugesagte Amtshilfe zur Beräumung des Aktenlagers versagt wurde.“ Rieder habe nicht vermocht, seine Ablehnung der Amtshilfe im Lichte der gegenläufigen Entscheidung des damaligen Polizeipräsidenten Bischler zu erklären. Seine pauschale Behauptung, die Ablehnung sei in der Polizeiabteilung des Innenministeriums und der Landespolizeidirektion einhellige Auffassung gewesen, widerspreche der Aktenlage. Nach elf Sitzungen des Untersuchungsausschusses und der detaillierten Aufarbeitung der Vorgänge stehe zudem fest, dass jahrelang Akten mit teils personenbezogenen Daten ungeschützt in einer Lagerhalle lagerten. Aus Sicht des Obmannes Kräuter war das Problem hinlänglich bekannt. Dass es einen frühzeitigen Hinweis an Dr. Lutz Hasse gegeben hätte, habe man nicht feststellen können. „Wenn Kommunen und Polizei sich mit Einbrüchen, Sachbeschädigungen und Brandschutz beschäftigen mussten, erschließt sich mir nicht, warum das CDU-geführte Landratsamt oder Innenministerium das Problem der ‚frei zugänglichen Akten‘ nicht entsprechend beachtet und im Interesse des Datenschutzes gelöst haben“, so Kräuter. ■

# „Wie gefährlich ist die AfD für die öffentliche Sicherheit?“

Steffen Dittes in der Aktuellen Stunde der AfD zum Thema „Importierte Kriminalität“

**Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hatte die AfD-Fraktion am 16. März das Thema „Importierte Kriminalität - Wo steht die innere Sicherheit in Thüringen?“ auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu ergriff in der Debatte Steffen Dittes, der innenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, das Wort (aus dem Plenarprotokoll):**

„Die AfD versucht, uns hier einen Zusammenhang herzustellen zwischen dem Flüchtlingsstatus einerseits und der Kriminalität andererseits, so wie das im Beitrag von Herrn Henke deutlich geworden ist.

Aber ich sage Ihnen auch ganz deutlich, die Wirkung ist dieselbe. Es sind Vorurteile, es sind Vorverurteilungen von Menschen, von Menschengruppen. Genau das ist auch die Absicht der AfD, weil das politische Grundverständnis der AfD sich auf ein biologisch konstruiertes deutsches Volk stützt, weniger auf ein rechtlich begründetes Staatsvolk, und weil mit dieser Konstruktion des deutschen Volkskörpers einhergeht, Menschen, die vermeintlich nicht hierher gehören, abzulehnen, auszugrenzen, zu diskriminieren.

Das politische Kalkül besteht darin, Misstrauen und Angst in dieser Gesellschaft zu säen. Als vermeintliche Basis wird auch nur jede Zahl, jeder Einzelfall

missbraucht, um einen bei näherer Betrachtung nicht bestehenden Zusammenhang zu basteln.

*(Zwischenruf Stephan Brandner, AfD: Tausende Einzelfälle!)*

Ich möchte das auch gerne verdeutlichen, die Tatverdächtigenbelastungszahl in Thüringen beträgt für das Jahr 2015 nach Polizeilicher Kriminalstatistik 2.883. Ich habe einen anderen Bezugsrahmen gewählt. Die Tatverdächtigenbelastungszahl beträgt in der AfD-Fraktion 50.000. Das sind, wie Herr Henke sagt, astronomische Zahlen. Und ich muss Ihnen sagen, ich stütze mich dort nur auf öffentliche Berichterstattung in den Medien, nicht auf die Polizeiliche Kriminalstatistik

*(Stephan Brandner, AfD: Die Staatsmedien! Sie müssen auch die vernünftigen Medien lesen, so wie die „Junge Freiheit“!)*

und auch nicht auf das jederzeit vorhandene Dunkelfeld. Und wissen Sie, wie hoch dabei der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen ist? Null Prozent! Und was heißt das jetzt für die innere Sicherheit in Thüringen? Wie gefährlich ist die AfD tatsächlich für die öffentliche Sicherheit? Die Frage können Sie sich selbst beantworten. Die Zahl der Straftaten ist in Thüringen

gleichbleibend, im letzten Jahr leicht rückläufig. Die Aufklärungsquote ist gleichbleibend hoch und im letzten Jahr geringfügig gestiegen. Neun von zehn Tatverdächtigen sind Deutsche. Der Anteil in der Tat nicht deutscher Tatverdächtiger ist schon immer höher als ihr Anteil an der Wohnbevölkerung, und das im Übrigen unabhängig von der Zahl tatsächlich aufgenommener Flüchtlinge.

Aber es gilt dann eben auch, über die Ursachen zu diskutieren. Das setzt mehr voraus, als nur die schlichte Mischung aus politischer Ideologie und Einfalt, die uns hier präsentiert wurde. Es erfordert einen Blick auf soziale Situationen. Es erfordert einen Blick auf die rechtliche Lebenssituation. Es erfordert einen Blick auf tatsächliche Lebensbedingungen. Und wenn wir über nicht deutsche Tatverdächtige reden, die in Thüringen nicht wohnhaft sind, dann erfordert es auch einen Blick auf die Lebensbedingungen außerhalb Thüringens, außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und auch außerhalb Europas.

### Erforderlich ist ein sehr differenzierter Blick

Und es erfordert einen sehr differenzierten Blick auf verschiedene Deliktbereiche. Die AfD hat einige Deliktbereiche benannt. Ich kann Ihnen andere benennen. Im Bereich der Körperverletzung mit Todesfolge ausschließlich deutsche Tatverdächtige, bei Verbreitung, Besitz, Beschaffung von Kinder- oder Jugendpornografie ausschließlich deutsche Tatverdächtige.

Was sagt das darüber aus, wenn wir die Gesamtsituation betrachten? Nicht viel, denn es ist ganz sicher so, dass auch andere Ursachen als die der Herkunft maßgeblich sind, warum beispielsweise der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger bei Ladendiebstählen überproportional hoch ist, bei der Wirtschafts- und Umweltkriminalität allerdings der Anteil der deutschen Tatverdächtigen. Was das im Übrigen für die Schadenssumme für diese Gesellschaft und für die Bevölkerung in diesem Land ausmacht, das können Sie sich sehr leicht selbst ausrechnen.

Auch im Wissen, dass es einen absoluten Schutz vor Kriminalität nicht gibt, ist es Aufgabe, Kriminalitätsprävention zu betreiben. Kollege Adams (Grüne, d.R.) hat bereits darauf hingewiesen. Um aber zu wissen, wie Kriminalitätsprävention erfolgreich betrieben werden kann, muss über die Ursachen gesprochen werden, diese richtig analysiert werden und auch OK-Strukturen, Herr Walk (CDU, d.R.), sachlich analysiert und dann aus dieser Blickrichtung der Organisierten Kriminalität bearbeitet werden. Eine Betrachtungsweise, wie hier von der AfD vorgenommen, lehnen wir jedenfalls ab. Sie schürt Unfrieden und ist kein Beitrag für die Sicherheit in diesem Land. ■

## Kraft, Durchhaltevermögen und maximale Erfolge



Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion (im Foto rechts), wünschte den Vertretungen der ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen bei den weiteren Verhandlungen in der Tarifrunde „Öffentlicher Dienst“ 2016 viel Kraft, Durchhaltevermögen und maximale Erfolge.

„Als linker Gewerkschaftspolitiker spreche ich häufig mit Betriebs- und Personalräten und kenne die Ansprüche der Beschäftigten sehr gut. Die Forderungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und des Deutschen Beamtenbundes (dbb) sind absolut nachvollziehbar. Mit Blick auf die Arbeitsbedingungen in der Privat-

wirtschaft und die Arbeitsverdichtung im öffentlichen Dienst sind sechs Prozent mehr Lohn und eine Anhebung der Ausbildungsvergütung um einhundert Euro pro Monat nicht überzogen.“

Bisher gebe es es auf Seiten der Arbeitgeber keine Annäherungen. Lediglich die Forderung nach einem Eingriff in das Leistungsrecht der betrieblichen

Altersversorgung stehe fest. Dazu sagt Rainer Kräuter: „Angesichts der prognostizierten Altersarmut hoffe ich, dass die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften in dieser Frage so hoch ist, wie u.a. von ver.di angekündigt.“

Das Thema betriebliche Altersvorsorge und Betriebsrenten beschäftigt den Gewerkschaftspolitiker zurzeit auch wegen einer Bürgeranfrage, die sich auf die Zwangsdynamisierung der Betriebsrenten um jährlich ein Prozent bezieht. „Wenn die Pensionsansprüche der Beamten an die Tarifabschlüsse gekoppelt sind, sollte das doch schon aus Gründen der Gleichbehandlung auch für Tarifbeschäftigte gelten.“ ■